

Änderungsantrag Nr.

TE020

Beantragt von

Bernd Brincken

Programm

Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Parteitag möge beschließen, folgenden Text dem Parteiprogramm hinzuzufügen:

Verteidigungspolitik

Aufgabe der Bundeswehr ist gemäß Grundgesetz die Verteidigung des deutschen Gebiets bei einem Angriff von außen. Die Piratenpartei steht dafür, dass es dabei bleibt.

Gründe, deutsche Soldaten in andere Länder zu senden, können nur Beobachter- und Friedensmissionen (peacekeeping) der Vereinten Nationen sein, die jeweils einer Resolution des UN-Sicherheitsrates und der Zustimmung aller Konfliktparteien bedürfen.

Die Piratenpartei wird andere Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht zulassen. Laufende Einsätze sind schnellstmöglich zu beenden.

Weiterhin steht die Piratenpartei für eine strikte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit. Die Bundeswehr darf ausschließlich für letztere eingesetzt werden.

Begründung

Hinweis: Abgestimmt wird über den Antrag - nicht die Begründung. Diese nennt Gründe, die der Antragsteller sah - andere mögen andere erkennen.

Bei der Frage des militärischen Gewalteinsatzes ist die Aufrechterhaltung von Grundsätzen sinnvoll. Vor dem Hintergrund des zweiten Weltkriegs wurden 1945 in der Charta der Vereinten Nationen und 1948 im deutschen Grundgesetz wesentliche Regeln für militärische Einsätze festgelegt.

Die Piratenpartei Deutschlands ist sich der internationalen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland als Bündnispartner bewusst. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass unsere Armee, die für den Verteidigungsfall geschaffen wurde, sich an Kampfeinsätzen im Ausland und dort am gezielten oder auch ungewollten Töten beteiligt.

Der Afghanistan-Einsatz zeigt, wie sich ein Mangel an Orientierung und an Vertrauen auf die 1945/48 geschriebenen Regeln "einrütteln" kann, wenn die Politik sich an kurzfristigen Opportunitäten ausrichtet.

Der US-geführte Krieg in Afghanistan wurde seinerzeit mit den Terroranschlägen vom 11.9.2001 auf das World Trade Center in New York und andere Einrichtungen begründet. Dabei berief man sich auf das "Recht zur Selbstverteidigung", das gemäß Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen [\[1\]](#) beansprucht wurde. Jedoch war damals schon nicht erwiesen, dass die Drahtzieher der Anschläge aus Afghanistan kamen oder diese dort geplant wurden. Bis heute, nachdem man reichlich Zeit zum Suchen von Beweisen hatte, haben sich die Hinweise nicht verdichtet.

Wiederum, selbst wenn man Afghanistan als Ausgangspunkt der Anschläge sehen mochte, ist eine Intervention völkerrechtlich an strenge Kriterien gebunden – nach UN-Charta soll Selbstverteidigung nur für Fälle gelten, bei denen es "einen überzeugenden Beweis nicht nur bloßer Drohungen und möglicher Gefahren gibt, sondern eines bereits vorbereiteten Angriffes..." ([\[2\]](#)). Diese fehlende Legitimation erkennend wurde von US-Seite der Begriff der "humanitären Intervention" eingeführt, der jedoch militärische Gewalt ebenso wenig durch das Völkerrecht deckt wie die Formel von der Selbstverteidigung.

Der Bundeswehr-Einsatz erfolgte im Zuge der US-Initiative als deren Bündnispartner in der NATO. Der Einsatz aber ist für sich genommen auch nach deutschem Recht fragwürdig: Artikel 115 a des Grundgesetzes definiert den Verteidigungsfall unmißverständlich als "die Feststellung, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht." ([\[3\]](#)). Artikel 26 GG wiederum verbietet eindeutig die Teilnahme an einem Angriffskrieg ([\[4\]](#)).

Neben den juristischen Einwänden muss aber auch der militärisch-operative und der politische Nutzen des Einsatzes in Frage gestellt werden. Die Konzeption, in dem Land – nach der Beendigung der Taliban-Herrschaft durch die US-Kräfte – nun u.a. durch die Bundeswehr den "Wiederaufbau" zu sichern, geht offensichtlich nicht auf. Vielmehr wird allein die Anwesenheit fremder Kämpfer auf ihrem Gebiet – auch wenn diese zivilen Aufbau unterstützen – von vielen Afghanen offenbar als Provokation und Legitimation für bewaffneten Widerstand gesehen. Selbst die Haltung des Nachbarlandes Pakistan zu den westlichen Truppen ist ambivalent ([\[5\]](#)).

Die jüngsten Ereignisse vom 2. April mit dem Tod von drei deutschen und fünf afghanischen Soldaten([\[6\]](#)), weiterhin auch einigen Taliban, zeigen, dass ein "Eingraben" durch sichere Ausrüstung ([\[7\]](#)) und gute Organisation von der Gegenseite verstanden und durch angepasste Taktik wirksam bekämpft werden kann. Somit ist auch rein militärisch gesehen die Effizienz der Bundeswehr-Einsätze fraglich.

Die Bundeswehr kann also in dem fernen Land wenig Gutes bewirken – weder für deutsche, noch amerikanische, noch afghanische Interessen. Hinzu kommt die mangelnde rechtliche Legitimation. Schließlich wird auch von der deutschen Öffentlichkeit seit Jahren der Abzug aus dem Lande gefordert ([\[8\]](#), [\[9\]](#), [\[10\]](#)).

Die Piratenpartei setzt grundsätzlich auf Kommunikation als Mittel von Veränderung. Jedoch kann man, gerade wenn man die Bedeutung von Demokratie und Meinungsaustausch anerkennt, diese Errungenschaften nicht anderen Ländern oder Gruppen überstülpen. Das bessere gesellschaftliche Konzept wird nicht erreicht, wenn es nicht in der jeweiligen Region von den dortigen Menschen aus eigenem Antrieb und eigenen Lernprozessen wächst. Und es wird zusätzlich auch in deren Augen diskreditiert, wenn fremde Mächte, zudem ohne Einsicht in die innere Struktur der jeweiligen Gesellschaft, mit Waffen auftreten, wobei immer wieder auch Zivilisten zu Tode kommen.

Die Piratenpartei möchte daher den Einsatz der Bundeswehr grundsätzlich engen Regeln unterwerfen, nicht um – im Falle Afghanistan – der öffentlichen Meinung nachzugeben, oder etwa aus einer Ideologie oder Grundhaltung heraus, sondern allein aus der Betrachtung und Bewertung der sichtbaren Fakten und Zusammenhänge.

UPDATE: Am 14.4. habe ich den Antrag auf eine allgemeine Aussage zum Bundeswehr-Einsatz umgestellt, und den Termin gestrichen, ebenso die Begründung ergänzt. Bitte ggf. prüfen, ob man seine Stimme nun anders setzen möchte. 16.4.: Begründung etwas erweitert. --[Bernd](#)